



## Deutschland und Griechenland unterzeichnen Vereinbarung zum Aufbau eines Förderfonds in Griechenland

Deutschland und Griechenland unterzeichnen Vereinbarung zum Aufbau eines Förderfonds in Griechenland  
Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble, der griechische Finanzminister Yannis Stourmaras, der griechische Wirtschaftsminister Kostas Hatzidakis sowie der Vorstandsvorsitzende der KfW Dr. Ulrich Schröder haben am 18. Juli 2013 in Athen die Gründung eines griechischen Förderfonds für Wachstum, der Institution of Growth, besprochen. Mit dem Förderfonds sollen kleine und mittlere Unternehmen durch günstigere Finanzierungsbedingungen unterstützt werden. Die deutsche KfW will hierfür technische Unterstützung geben und sich an dem Fonds beteiligen. Im Anschluss an das Gespräch wurde vom griechischen Wirtschaftsminister Hatzidakis sowie vom Vorstandsvorsitzenden der KfW Dr. Schröder ein Memorandum of Understanding hierzu unterzeichnet. Dazu der Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble: "Im schwierigen und für das griechische Volk oft schmerzhaften Kampf gegen die Krise hat Griechenland bereits große Erfolge erzielt. Mit meinem Besuch in Griechenland möchte ich deutlich machen, dass Deutschland den schwierigen Weg Griechenlands unterstützt. Ein Beispiel hierfür ist die deutsche Hilfestellung bei der Gründung eines Förderfonds, der Institution of Growth, zur Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen. Deutschland ist bereit, hierfür über die KfW technische Unterstützung zu geben und sich an dem Fonds zu beteiligen. Dies haben wir mit der Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding heute bekräftigt." Der griechische Finanzminister Yannis Stourmaras: "Für Griechenland, wie auch für andere Länder, die von der Krise betroffen sind, ist es aktuell die Hauptherausforderung fiskalische Konsolidierung mit Wirtschaftswachstum zu verbinden. Alle unsere Maßnahmen müssen dazu dienen, diese beiden Ziele zu erreichen. Wenn wir diese beiden Ziele nicht erreichen, riskieren wir es, größere soziale Gruppen an den Rand zu drängen, was wiederum die bereits unternommenen Anstrengungen gefährdet." Weitere Themen bei dem Besuch des Bundesfinanzministers Dr. Schäuble waren der Reformprozess in Griechenland und die Verbesserung der Kreditvergabe für kleine und mittelständische Unternehmen. Die Minister erörterten weiterhin die Möglichkeiten für die Verbesserung von technischer Hilfe für Griechenland.  
Bundesministerium der Finanzen (BMF)  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin  
Deutschland  
Telefon: 030 - 2242-0  
Telefax: 030 - 2242-3260  
Mail: Poststelle@bmf.bund.de  
URL: <http://www.bundesfinanzministerium.de/>

### Pressekontakt

Bundesministerium der Finanzen (BMF)

10117 Berlin

[bundesfinanzministerium.de/](http://bundesfinanzministerium.de/)  
[Poststelle@bmf.bund.de](mailto:Poststelle@bmf.bund.de)

### Firmenkontakt

Bundesministerium der Finanzen (BMF)

10117 Berlin

[bundesfinanzministerium.de/](http://bundesfinanzministerium.de/)  
[Poststelle@bmf.bund.de](mailto:Poststelle@bmf.bund.de)

Kernaufgabe des Bundesministers der Finanzen ist die Gestaltung der Finanzpolitik und die Grundausrichtung der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Ihm kommt damit eine zentrale Steuerungsfunktion innerhalb der Bundesregierung zu. Im Rahmen der vom Bundeskanzler vorgegebenen politischen Richtlinien koordiniert der Bundesfinanzminister die Haushaltsvoranschläge der einzelnen Ministerien und entwirft so den jährlichen Bundeshaushalt. Dabei verfügt der Minister über ein Widerspruchsrecht bei allen finanzpolitischen Entscheidungen der Regierung. So bündelt das Bundesfinanzministerium die finanziellen Belange der Regierung im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik. Im Rahmen der Steuerpolitik sichert die Bundesregierung die finanzielle Leistungsfähigkeit des Staates. Dabei muss gewährleistet sein, dass Leistungsanreize und Leistungswille der Bürger und Unternehmen nicht beeinträchtigt werden. Zudem muss die Steuerpolitik die Sicherung der ökologischen Grundlagen unseres Gemeinwesens unterstützen. Im Zuge des europäischen Integrations- (Europäische Wirtschafts- und Währungsunion) und des weltweiten Globalisierungsprozesses gewinnt die europäische und internationale Wirtschafts- und Währungspolitik als zusätzlicher Aufgabenschwerpunkt zunehmend an Bedeutung. Darüber hinaus ist das Bundesministerium der Finanzen auch zuständig für die deutschen Postwertzeichen, die Regelung der Kriegsfolgelasten, das Bundesvermögen und den Zoll.